

Was kommt nach Corona?

I. Ausgangslage

Am 11. März 2020 rief die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die durch das neuartige Coronavirus Sars-CoV-2 ausgelöste Infektionskrankheit Covid-19 zur globalen Pandemie aus. Über ein Jahr hält dieses Virus nunmehr die Welt im Bann. In der Folge kam es zu bisher unbekanntem Einschränkungen in nahezu allen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft. Ungeachtet dessen konnten wir ein hohes Maß an Resilienz und Anpassungsfähigkeit beweisen; gleichzeitig entwickelten auf der ganzen Welt in Rekordzeit Forschungseinrichtungen Testverfahren sowie wirksame Impfstoffe, mit denen die Pandemie bekämpft werden kann. Deutschland war in diesem Bereich mit an der Spitze, worauf wir stolz sein können.

Impfstoffe und Tests, so sie in ausreichender Menge vorhanden sind, eröffnen uns zunehmend neue Handlungsoptionen und die Wahrnehmung der gewohnten Freiheitsrechte. Heute stellen wir fest: In der Gesellschaft lässt die Bereitschaft, sich weiter einzuschränken, zusehends nach. Der Wunsch und die Sehnsucht nach Rückkehr in die „Normalität“ sind überall greifbar. Gleichzeitig wird aber deutlich: Durch den scheinbar zur Normalität gewordenen Ausnahmezustand sind unzählige Schäden entstanden, auch Miss- und Rückstände oder bisher nicht wirklich wahrgenommene Fehlentwicklungen wurden sichtbar. Das Ausmaß der Schäden und die Langzeitfolgen, die die Corona-Krise ausgelöst hat, sind derzeit noch nicht vollständig abschätzbar. Zum jetzigen Zeitpunkt werden sie vielleicht sogar unterschätzt oder nicht hinreichend thematisiert.

Sobald die akute Bewältigung der Corona-Pandemie in den Hintergrund tritt, werden diese Themen aber verstärkt und dringlich zutage treten. Es gilt daher, schon jetzt den Blick zu weiten. **Nachdem der Schritt vom akuten Krisenmanagement zum souveränen Risikomanagement gegangen wurde, ist nunmehr aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion NRW der Punkt gekommen, Antworten und Lösungen zu suchen für die Zeit nach der Krise. In kollegialer Zusammenarbeit und im erfolgreichen Zusammenwirken im Rahmen der NRW-Koalition aus CDU und FDP wollen wir als progressive Freie Demokraten unsere Handlungsoptionen nutzen, unser Land noch besser, stärker und lebensfreundlicher zu gestalten als es bisher war. Denn wir sind davon überzeugt: Die besten Zeiten liegen noch vor uns.**

II. Handlungsfelder

Wohlstandsmehrung zur Krisenbewältigung.

Viele Wirtschaftsbereiche, die wesentlich zur Schaffung des Wohlstands in Nordrhein-Westfalen beitragen, wurden durch die Lockdowns erheblich getroffen. Um aus der Krise hinauswachsen zu können, müssen wir denen helfen, die maßgeblich dazu beitragen, Wertschöpfung zu generieren. Konkret bedeutet das, die Entlastung und Entfesselung der Wirtschaft noch engagierter voranzutreiben und Maßnahmen zu ergreifen, um Unternehmen und Unternehmerinnen und Unternehmer zu unterstützen. Um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern, hat die NRW-Koalition bereits sechs Entfesselungspakete auf den Weg gebracht. Nun muss endlich auch der Bund aktiv werden. Daher werden wir uns auf Bundesebene für eine Entfesselungsoffensive stark machen. Dazu gehören ein **Belastungsmoratorium für die Wirtschaft**, die **Anhebung der Zuverdienstgrenzen in der Grundsicherung sowie der Mini-Job-Grenze** und die **Entschlackung von Dokumentationspflichten**. Zudem soll mithilfe der **schnellen Einführung eines Basisregisters** und einer **bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer**, wodurch Mehrfachmeldungen der Stammdaten an unterschiedliche Register entfallen, die öffentliche Verwaltung entbürokratisiert und digitalisiert werden. Wir Freie Demokraten möchten unserer Wirtschaft darüber hinaus durch die **Aufhebung der Mindestbesteuerung beim Verlustvortrag** Starthilfe geben. Ein weiterer Aspekt sind zusätzliche Investitionsanreize, welche wir durch eine **stärker degressiv gestaltete Abschreibung** schaffen wollen.

Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen.

Die Corona-Pandemie hat die öffentlichen Haushalte stark belastet, aber auch viele private Haushalte und Unternehmen mussten den Gürtel enger schnallen. Die pandemiebedingten Zusatzausgaben waren nötig, müssen aber refinanziert werden. Für uns Freie Demokraten steht fest, dass die Lücken im öffentlichen Haushalt nicht gestopft werden dürfen, indem die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler stärker belastet werden. Wir sind davon überzeugt, dass eine gesunde Wirtschaft in ausreichendem Maße dazu beitragen kann, aus den Pandemie-Schulden hinauszuwachsen. Höhere Belastungen durch zusätzliche oder neue Steuern würden die Genesung unserer Volkswirtschaft empfindlich treffen und z.B. auch dazu führen, dass es zu keiner spürbaren Erholung auf dem Arbeitsmarkt kommen kann. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, dass die **Steuern bei allen erhoben werden und sich kein Akteur durch undurchsichtige Taschenspielertricks und dubiose Steuermodelle davon befreien kann**.

In Nordrhein-Westfalen wollen wir die Bürgerinnen und Bürger bei der Grunderwerbsteuer entlasten. Denn wir verstehen selbstgenutztes Wohneigentum als praktische Altersvorsorge. Daher muss kurzfristig die NRW-Initiative zur **Schaffung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer im Bundesrat nun zur finalen Abstimmung gestellt werden**. Sollte diese scheitern, muss ein eigener NRW-Weg eingeschlagen werden, der zu einer spürbaren Entlastung bei der Grunderwerbsteuer für das selbstgenutzte Wohneigentum führen muss. Zudem wollen wir neue Modelle der Eigentumsförderung erproben: Im Rahmen von „**Mietkauf-Modellen**“ könnte jenen eine Perspektive gegeben werden, die es sich bisher

nicht leisten können, eine Wohnung zu erwerben. Im Zusammenspiel mit privaten Investoren und dem städtischen Wohnungsbau könnten künftig „Mietkauf-Wohnungen“ entstehen. Über Tilgungskostenzuschüsse und Vorfinanzierungen würde so für viele Menschen der Traum von der eigenen Wohnung Wirklichkeit.

Weichen stellen für einen Innovationssprung.

Durch die Corona-Pandemie konnten wir sehen, dass Forschung, Technologie und Innovation zu unseren wichtigsten Ressourcen zählen. Ohne die nun vorhandenen Impfstoffe und Testkapazitäten wären wir heute der Pandemie noch immer so ausgeliefert wie zu ihrem Beginn. Wir wollen deshalb insbesondere als Forschungsstandort und als attraktiver Standort für forschende, entwickelnde und erfindende Unternehmen besser werden. Wir wollen **unter dem Gebot der Technologieoffenheit zusätzliche Professuren für Zukunftstechnologien** ermöglichen. Zudem wollen wir einen umfassenden **Wissenstransfer zwischen Hochschul- und Forschungslandschaft auf der einen und der NRW-Wirtschaft auf der anderen Seite stetig intensivieren**, damit es noch besser gelingt aus Spitzenforschung marktreife Produkte zu entwickeln.

Darüber hinaus hat die Pandemie auch im Kleineren zu Innovationen geführt und Veränderungsprozesse massiv beschleunigt, zum Beispiel bei der Weiterentwicklung digital gestützter Geschäfts- und Verkaufsmodelle. Wir wollen das Wirken der zusätzlichen „**Digital Coaches**“, die dem Einzelhandel dabei helfen, ein eigenes digitales Angebot neben ihrem stationären Geschäft aufzubauen, sehr eng begleiten und bei Bedarf ausweiten. Außerdem ist zu prüfen, ob das Angebot auch auf weitere Sparten übertragen werden kann.

Wir haben festgestellt, dass die Pandemie auch ein Sprungbrett in eine modernere Arbeitswelt gewesen ist. Diese Fortschritte wollen wir zukunftsfest ausgestalten, ermöglichen sie doch mehr individuelle Freiheit und Selbstbestimmung. Wir Freie Demokraten wollen, dass **bislang oft starre Arbeitszeiten langfristig und rechtssicher auf der Basis von Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen flexibilisiert** werden. Klar ist aber: Auch wenn die Arbeitszeiten flexibler ausgestaltet werden sollten, soll unter dem Strich niemand mehr arbeiten müssen als bisher!

Beste Bildung der Welt – digital und freiheitlich geprägt.

Das Schul- und Bildungssystem wurde durch die Corona-Pandemie auf eine harte Probe gestellt. Tief verankerte Strukturen wurden in Frage gestellt oder mussten abrupt aufgebrochen werden. Die Lehrerinnen und Lehrer und die Dozentinnen und Dozenten waren vor die Herausforderung gestellt, ihren Unterrichtsalltag neu und vor allem digitaler zu denken. Der erzwungene Perspektivwechsel offenbart Potenziale für eine grundlegende Weiterentwicklung des Bildungssystems. Den Weg der Digitalisierung, den wir als Freie Demokraten bereits vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie eingeschlagen haben, wollen wir auch in Zukunft konsequent weitergehen. Anstatt zur bisherigen Art des Unterrichts zurückzukehren, wollen wir das Beste aus zwei Welten kombinieren. **Digitalisierung muss einen noch höheren Stellenwert im Alltag von Schule und Hochschule einnehmen.** Digitale Kompetenzen müssen als Rüstzeug in einer von Digitalisierung geprägten Lebenswelt für

jeden jungen Menschen ein unverzichtbarer Bestandteil der schulischen, beruflichen oder akademischen Ausbildung darstellen. Aus diesem Grund müssen und wollen wir die bereits umgesetzten Maßnahmen weiter verstärken: Nordrhein-Westfalen ist es gelungen, Kindern und Jugendlichen aus sozial herausfordernden Verhältnissen den Zugriff auf ein digitales Endgerät zu ermöglichen. Ziel muss es nun sein, Schritt für Schritt eine 1-zu-1-Ausstattung an allen Schulen zu erreichen. Aber wir wollen natürlich auch die Qualität des digital gestützten Unterrichts weiter stärken: **Darum wollen wir in Nordrhein-Westfalen mit Unterstützung des Bundes ein Exzellenzzentrum für digitales Lehren und Lernen etablieren.**

Gleichzeitig hat die Corona-Pandemie nochmals spürbar unterstrichen, dass Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und außerschulische Bildungsorte wie die Offene Kinder- und Jugendarbeit für Kinder und Jugendliche mehr sind als Orte reiner Bildungsvermittlung. Sie sind Lebensort und Sozialraum, der für manche Kinder und Jugendliche gar ein Zufluchtsort ist. Dieser Sozialraum prägt und beeinflusst die Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen. **Der dauerhafte, uneingeschränkte Zugang zu frühkindlicher, schulischer und außerschulischer Bildung ist darum von entscheidender Bedeutung.**

Es wird zunehmend klarer, dass die Bildungsgerechtigkeit während des Lockdowns gelitten hat. Durch den schlechteren Zugang zu schulischen und außerschulischen Unterstützungsangeboten und die gewachsene Bedeutung des familiären Umfelds beim Distanzlernen sind Defizite entstanden. Unsere bisherigen Fortschritte bei der Entkopplung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft sind gefährdet. Gerade Kinder und Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte sowie aus sozial schwierigen Verhältnissen benötigen Unterstützung, da ihre Familien häufig weniger in der Lage waren, wegfallende Bildungsangebote zu kompensieren. **Wir wollen dies zum Anlass nehmen, entsprechende Förderprogramme umzusetzen, die das Aufholen der fachlichen, aber auch sozialpsychologischen oder sportlichen Defizite in den Blick nehmen.** Mit Programmen wie „Extra-Zeit zum Lernen“ hat die NRW-Koalition hier bereits frühzeitig Unterstützungsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Dies gilt es auszuweiten. Zur Entlastung der betroffenen Schülerinnen und Schüler, aber auch der Lehrerinnen und Lehrer setzen wir auf ein **mehrfähig angelegtes Modell, dass nicht dazu zwingt, alle Defizite bis zum Ende des Schuljahres aufzuarbeiten, sondern ein dauerhaftes Unterstützungsnetzwerk aufbaut.** Hierzu wird die NRW-Koalition neben Programmen wie „Extra-Zeit zum Lernen“ das sogenannte Aufholprogramm des Bundes mit weiteren 250 Millionen Euro für die Kinder und Jugendlichen unterstützen. **So wollen wir etwa in Schulen niederschwellige Angebote unterbreiten, wie zum Beispiel Teams aus Lehramtsstudierenden, freiwilligen aktiven oder pensionierten Lehrerinnen und Lehrern sowie Quereinsteigern und Ehrenamtlichen, welche z.B. auch am Nachmittag zur weiteren Förderung bereitstehen.** Lehramtsstudierende könnten auf diese Weise bereits erste praktische Erfahrungen sammeln und sich ggf. auch digitale Lernmethoden bereits von Beginn an erschließen. Auf diese Weise können wir den entstandenen Defiziten begegnen und negative Auswirkungen auf die Bildungslaufbahnen von Schülerinnen und Schülern möglichst verhindern.

Uns ist gleichwohl bewusst, dass schulische Förderung nur dann auf fruchtbaren Boden treffen wird, wenn Kinder und Jugendliche Freiräume für Freizeit und soziale Kontakte

erhalten. Sie müssen bei der Bewältigung ihrer außerschulischen Probleme unterstützt werden und durch soziale Kontakte und Erfahrungen ihre Persönlichkeit eigenständig entwickeln können. Der Sport ist dabei ein besonders wichtiger Aspekt, denn die Corona-Pandemie hat vielfach auch zu Bewegungsmangel geführt. Deshalb werden wir **alle Arten von Begegnungs-, Freizeit- und außerschulischen Bildungsangeboten fördern**. Ebenso möchten wir die **Offene Kinder- und Jugendarbeit als eine wichtige Anlaufstelle** insbesondere für Kinder und Jugendliche aus sozial prekären Verhältnissen und informelle Lernumgebungen **stärken**.

Die Krisenbewältigung in der Corona-Pandemie war vielfach vom Wunsch einer möglichst zentralen Steuerung getragen. Wir Freie Demokraten sind allerdings davon überzeugt, dass in der Regel vor Ort in Kenntnis der spezifischen Begebenheiten die besten Lösungen entstehen. Daher halten wir es für angebracht, nach weiteren Möglichkeiten zu suchen, unseren Schulen weitere Freiheiten an die Hand zu geben. **Im Rahmen eines Schulfreiheitspakets wollen wir daher konsequent die organisatorische und finanzielle Autonomie der Schulen weiter stärken und die nordrhein-westfälische Schullandschaft weiterentwickeln**.

Zahlreiche Menschen haben im Zuge der Corona-Pandemie ihren Arbeitsplatz verloren oder sich dazu entschlossen, in andere Berufsbereiche zu wechseln. Wir wollen diesen Bürgerinnen und Bürgern **mit mehr Beratung und Informationen dabei helfen, ihre Kompetenzen zu aktualisieren und zu erweitern**.

Lebenswerte Städte erhalten.

Durch die vielen Einschränkungen mussten die Bürgerinnen und Bürger auf viele Freuden und liebgewonnene Selbstverständlichkeiten in ihrem Alltag und Leben verzichten. Ein wesentlicher Faktor von Lebensqualität wird durch die eigene Umgebung und den eigenen Wohnort bestimmt. Durch die flächendeckende Schließung des Einzelhandels konnte man einen Eindruck davon gewinnen, wie eine Zukunft aussehen könnte, in der der Online-Handel weiter zugenommen hat und viele kleine, inhabergeführte Geschäfte und Cafés geschlossen worden sind. Wir Freie Demokraten sprechen uns nicht pauschal gegen den Internet- und Versandhandel aus; wir sind vielmehr davon überzeugt, dass den Kundinnen und Kunden das beste Angebot gemacht werden muss – und dies kann auch im Einzelhandel geschehen.

Wir werden daher die **Stärkung unserer Innenstädte** mit den nachfolgenden Ansätzen begleiten. Entsprechende Weichenstellungen wurden durch die NRW-Koalition daher bereits vorgenommen. Es ist angezeigt, bestehende Kooperationsmodelle zu verstetigen und die Vernetzung von Akteuren, u.a. durch **Citymanager** und ein neues **Gesetz zur Stärkung von Interessens- und Standortgemeinschaften**, zu verbessern. **Zudem wollen wir hybride Verkaufsmodelle weiter stärken**. Die Läden konnten während der Lockdowns oftmals viele Erfahrungen sammeln. In diesem Zusammenhang könnte anhand von Best-Practise-Beispielen gezeigt werden, wie solche Modelle für den Einzelhandel auch langfristig erfolgreich sein können. Zudem wollen wir den **Eventcharakter und das City-Zentrum als Begegnungsort stärken**, z.B. durch die Weiterentwicklung der Städtebauförderung. Begegnungsorte könnten auch multifunktional konzipiert werden und damit z.B. auch Freizeitsportangebote attraktiver

machen. Außerdem muss **dem zunehmenden Leerstand durch neue Konzepte wie die verstärkte Schaffung von Co-Working-Strukturen oder überbrückende Laden-Förderungsmodelle begegnet werden.**

Um dem stationären Einzelhandel im Wettbewerb mit dem Onlinehandel bessere Chancen einzuräumen, wollen wir die Möglichkeit zusätzlicher Öffnungen auch an Sonntagen wieder stärker in den Blick nehmen. Auf diese Weise könnten die Händlerinnen und Händler wertvolle Einnahmen generieren, zugleich profitieren die Innenstädte insgesamt von der zusätzlichen Kundschaft und die Kunden von einem besseren Angebot. Dies gelingt aber nur im Konsens aller Beteiligten und nicht gegen sie. **In einem ersten Schritt könnten wir uns daher die Schaffung von Modellkommunen oder Modellregionen vorstellen, in denen die Wirkung von mehr Sonntagsöffnungen erprobt werden kann.**

Gesellschaftliches Miteinander stärken.

Wir haben wahrgenommen, dass durch die zunehmende Belastung während der pandemischen Ausnahmesituation auch gesellschaftlich die Anspannung gestiegen ist. Positionen verhärteten sich und wurden immer unversöhnlicher. Wir Freie Demokraten beobachten diese Entwicklung mit großer Sorge. Schließlich ist für uns eine plurale Gesellschaft und die Meinungsvielfalt eine wichtige Säule unseres demokratischen Systems. Deshalb werden wir **Initiativen unterstützen, welche den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder stärken.** Gegenseitiges Verständnis ist nicht nur im Dialog der Religionen und unter Menschen ohne oder mit unterschiedlichen Einwanderungsgeschichten, sondern auch unter Menschen zu fördern, die sich aufgrund politischer Grundüberzeugungen kulturellen Milieus zugehörig fühlen und von der dort vorherrschenden Mehrheitsmeinung abweichende Meinungen nur noch eingeschränkt tolerieren. Gleichzeitig werden wir als gutes Vorbild vorangehen und bewusst den Austausch mit verschiedensten Gruppen und Meinungsbildern suchen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die **Stärkung der Demokratie auch in den Schulen und bei weiteren Bildungsträgern auszubauen.** Durch eine Intensivierung der politischen Partizipationsmöglichkeiten bereits von klein auf wird das Verständnis für demokratische Strukturen gestärkt und nachhaltig verankert. Zudem muss die Corona-Pandemie als gesellschaftlich prägende Herausforderung dieser Generation aufgearbeitet und beispielsweise als Element des neugeschaffenen Unterrichtsfaches Wirtschaft-Politik behandelt werden.

Wir ziehen unsere Lehren: Wir haben gelernt, dass wir niemals auslernen!

Selbst wenn die akute Pandemie vorbei ist, wird Corona nach wie vor Teil unseres Lebens bleiben. Das SARS-CoV-2-Virus wird – wie die Grippe auch – hochwahrscheinlich endemisch werden. Für Long-Covid Patientinnen und Patienten wird das Virus noch auf eine ganz andere Weise im Alltag präsent bleiben. Um die Betroffenen zu unterstützen, wollen wir Freie Demokraten die Forschung in diesem Bereich intensivieren. So sind Long-Covid-Symptome wie das Fatigue-Syndrom nicht nur als Spätfolge von Corona-Erkrankungen bekannt, sondern treten auch bei anderen Erkrankungen wie dem Pfeifferschen Drüsenfieber und Rheuma oder

bei außergewöhnlichen Belastungen wie der Chemotherapie auf. Somit wird Forschung in diesem Bereich einer ganzen Reihe von Betroffenen helfen können.

Darüber hinaus möchten wir Freie Demokraten uns für eine Pandemiekommission stark machen. Wir wollen, dass die Pandemie in all ihren Facetten aufgearbeitet wird, um Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Durch eine stringente Aufarbeitung der Corona-Pandemie wollen wir dazu beitragen, dass mit drohenden Pandemien in Zukunft besser umgegangen wird.

Bereits heute wissen wir, dass wir unsere Verwaltung besser auf Krisensituationen vorbereiten müssen. Pragmatische Lösungen wurden teilweise durch unklare Zuständigkeiten, digitale Defizite und erdrückende Bürokratie verhindert. Wir Freie Demokraten wollen diesen Missstand beheben. **Konsequenterweise setzen wir uns dafür ein, dass alle Amtsgänge zukünftig digital erledigt werden können. Dies entlastet die Beschäftigten sowie die Bürgerinnen und Bürger.**

Nicht auf die letzte Krise vorbereitet sein, sondern auf die nächste.

Die Corona-Krise hat auch den Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen vor neue Herausforderungen gestellt. Die Innenministerkonferenz (IMK) hat sich im Juni 2020 für die Beibehaltung des föderalen Systems ausgesprochen, was wir ausdrücklich begrüßen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die **Aufrechterhaltung des Betriebs sog. Kritischer Infrastrukturen müssen jedoch überprüft und nachgelagerter Rechtsetzungsbedarf ausgemacht werden.** Der Europäische Rat hat am 10. Mai 2021 eine Verordnung über den EU-Katastrophenschutz angenommen. Danach müssen **regelmäßige Risikobewertungen und Analysen von Katastrophenszenarien auf nationaler Ebene durchgeführt** werden. Zudem hat das Bundesinnenministerium im März 2021 die Bundesländer aufgefordert, an einer „Kooperationsplattform für den Bevölkerungsschutz“ mitzuwirken. In diesem Zusammenhang müssen zum einen die Erfahrungsberichte der 54 Krisenstäbe in NRW zeitnah in Hinblick auf die Erfordernisse der Pandemie ausgewertet werden, um zielgenau nachsteuern zu können. Daneben müssen kreisgrenzübergreifende, landesgrenzübergreifende und staatsgrenzübergreifende Szenarienbetrachtungen von Großschadensereignissen (längerfristiger Stromausfall, großflächige Wald- und Vegetationsbrände, Tierseuchen, Pandemien, Großunwetter etc.) vorgenommen und Lösungsansätze erarbeitet werden. Der sich sodann daraus ergebende Maßnahmenkatalog wäre dann auf gesetzgeberischer und Verwaltungsebene umzusetzen. Dazu gehört auch die **Weiterentwicklung von ViDal (Projekt zur „Vernetzung von Informationen zur Darstellung der Landeslage“)**, um die Arbeit des Katastrophenschutzes zu verbessern. Ebenfalls zu prüfen ist, inwieweit eine Landesreserve an Einrichtungen und Materialien zur Unterstützung der Katastrophenschutzbehörden vor Ort weiter ausgebaut werden muss. Daneben wollen wir den bereits eingeschlagenen Weg, der mit dem „Koordinierten Prozess“ in einem Miteinander zwischen den Aufgabenträgern und Verbänden zur Stärkung des Katastrophenschutzes eingeschlagen worden ist, kontinuierlich weiter gehen und unter Auswertung der Corona-Pandemie nachjustieren.

Ein starker öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) ist bei der Infektionsbekämpfung unverzichtbar. Der **ÖGD muss attraktiver werden**, um ärztlichen Fachkräftenachwuchs zu

gewinnen. Dazu zählen eine **Angleichung der tariflichen Vergütung an Klinikärzte, attraktive Arbeitszeitmodelle, mehr Weiterbildungsstellen** und die **Einführung einer Möglichkeit** wie in einigen anderen Bundesländern auch **Famulaturen während des Medizinstudiums** und das **Wahlfach des Praktischen Jahres im Gesundheitsamt** absolvieren zu können. Zudem sollte die Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Ärzten und ÖGD verbessert werden.